

07-08
17**DIE LINKE**

Fraktion im Dresdner Stadtrat



Sommer 2017

Ostmoderner Telespargel

Der Stadtrat debattierte in seiner vergangenen Sitzung über die Zukunft des Dresdner Fernsehturms. Der ist seit den 90er Jahren für die Öffentlichkeit nicht mehr zugänglich. Die Stadtverwaltung ließ nun eine Machbarkeitsstudie zu verschiedenen Vorschlägen erstellen. Wir dokumentieren die Rede des LINKE-Fraktionsvorsitzenden André Schollbach.

„Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,

in den vergangenen Jahren ist mit den Bauten der Architektur der Ostmoderne vielfach ein frevelhafter und respektloser Umgang gepflegt worden. Ich darf hier etwa an die rücksichtslose Zerstörung des Fußgängertunnels am Neustädter Markt erinnern oder an den Abriss des Robotron-Gebäudes an der Lingnerallee - verbunden mit dem unwiederbringlichen Verlust wertvoller Bleiglasfenster. Aber zum Teil geht man auch perfider vor, als nur mit der plumpen Abrissbirne. Etwa beim Rundkino, einem architektonischen Juwel der Ostmoderne, das als Solitär hervorragend konzipiert und umgesetzt worden war. Das Rundkino zu beseitigen, hat man nicht gewagt, dafür wurde es mittels anderer Gebäude regelrecht umzingelt, eingemauert und damit eines wesentlichen Teils seiner städtebaulichen Wirkung beraubt. Perfide ist auch die Strategie, Ensembles der Ostmoderne zielgerichtet so lange herunterkommen zu lassen, bis sie als Schandfleck empfunden werden, um dann an eben dieser Stelle Phantasien vom barocken Disneyland Dresden Wirklichkeit werden zu lassen. Wer es nicht glaubt, kann sich einfach mal den Neustädter Markt anschauen, wo die Fassaden traurig vor sich hinbröckeln, die Steinplatten auf dem Platz gesprungen sind und der Springbrunnen ein Bild des Jammers abgibt.

Auch der Umgang mit dem Dresdner Fernsehturm fügt sich in negativer Weise in diese Art des Umgangs mit der Ostmoderne ein. Zuerst wurde das beliebte Ausflugsziel für die Nutzung durch die Öffentlichkeit geschlossen und dann hat man darauf gesetzt, dass die Dresdnerinnen und Dresdner sich schon irgendwann damit abfinden würden.

Tun sie aber nicht. Und ich muss sagen, das finde ich großartig. Man muss nicht alles hinnehmen, nur weiles angeblich alternativlos oder zu teuer ist. Eine Stadt, die Steuergelder in sechsstelliger



Foto: Marco Barnebeck / pixelio.de

Höhe für einen Ski-Weltcup verschleudert, kann sich wohl kaum glaubwürdig darauf berufen, dass kein Geld da sei. Man beruft sich ganz nach Belieben immer wieder auf wirtschaftliche Zwänge, aber es ist ja bemerkenswert: Bei der Bankenrettung gab es keine wirtschaftlichen Zwänge. Die werden immer dann ins Feld geführt, wenn politische Kräfte etwas eigentlich nicht wollen, aber zu feige sind, das klar zu sagen.

75 Prozent der Dresdnerinnen und Dresdner sprechen sich dafür aus, den Fern-

sehturm wieder für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Daraus ergibt sich ein Auftrag für den Stadtrat und den Oberbürgermeister. Und wir von der LINKEN bekennen uns dazu: Der Fernsehturm ist ein tolles architektonisches Dokument der Ostmoderne. Wir wollen, dass er aus seinem Dornröschenschlaf erweckt wird. Ja und dazu müssen auch öffentliche Gelder eingesetzt werden. Wir sehen hier aber nicht nur die Stadt und den Freistaat Sachsen in der Verantwortung, sondern auch den Bund, der als größter Akti-

Dresdner Fernsehturm in Zahlen

Der Dresdner Fernsehturm ist **252 Meter** hoch.

Der Schaft des Bauwerkes besteht aus Stahlbeton und hat einen Durchmesser von **21 Metern**, der im Boden in **sechs Meter** Tiefe im Lausitzer Granit verankert ist.

Erbaut wurde der Fernsehturm zwischen **1963 und 1969**. Am **15. Dezember 1965** konnte Richtfest gefeiert werden.

Zwei Schnelllastenaufzüge brachten die jährlich rund **200.000 Gäste** nach oben.

Das Fernsehturm-Restaurant hatte von **10 bis 18 Uhr** geöffnet. Die **152 Plätze** auf den zwei Café-Etagen waren immer heiß begehrt.

Die KöchInnen arbeiteten in einer winzigen Küche in **145 Meter** Höhe.

Quelle: Stadtwiki Dresden

onär der Deutschen Telekom Jahr für Jahr enorme Dividenden einstreicht.

Gestatten Sie mir noch eine persönliche Anmerkung: Als Ferienkind hatte ich zu DDR-Zeiten immer wieder das Glück, gemeinsam mit meiner Oma den Fernsehturm zu besuchen und von dort aus unsere Stadt zu betrachten. Es wäre wunderbar, wenn auch die Ferienkinder von heute gemeinsam mit ihren Großeltern dieses Erlebnis genießen könnten.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Aus der Stadtratssitzung am 22. Juni 2017

Neuigkeiten aus dem Dresdner Stadtrat

Juni 2017

DRUCKSACHE

#6

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/205 · 01067 Dresden · 0351/488-2822 · linke-fraktion@dresden.de · www.linke-fraktion-dresden.de

Machbar? Machen!

Der Dresdner Fernsehturm **Fernsehturm** ist ein Teil des kollektiven Gedächtnisses vieler Dresdnerinnen und Dresdner. Seit Langem engagieren sich zahlreiche Menschen für die Wiedereröffnung.

Der Stadtrat debattierte am Donnerstag eine Machbarkeitsstudie zum Turm. Fraktionsvorsitzender **André Schollbach**: "Jetzt sagen einige, eine Sanierung des Turms sei wirtschaftlich nicht machbar. Wirtschaftliche Erwägungen werden immer dann hervorgeholt, wenn man zu feige ist, zu sagen, dass man etwas nicht will." Wir sagen: Dieses Kulturdenkmal der Ostmoderne und Erinnerungsort unzähliger Dresdnerinnen und Dresdner muss saniert werden. Unzählige gesellschaftliche Akteure werden dabei helfen, da sind wir uns sicher. Bei der Frauenkirche hat es auch funktioniert. Eine Machbarkeitsstudie wurde damals übrigens nicht in Auftrag gegeben...



Erhaltung historischen Erbes

Am Donnerstag beschloss der Stadtrat Erhaltungssatzungen für Striesen und Blasewitz.

Bauexperte **Martin Schulte-Wissermann**: „Dresdens berühmte Schönheit und Baukultur beschränkt sich nicht allein auf das Areal des Neumarkts. Die Bauqualität unserer Stadt ist nicht von alleine gekommen, sondern beruht auf der konsequent eingreifenden und gestaltenden Hand unserer Vorfahren. Hier müssen wir wieder hin, denn schon ein einziges hässliches Gebäude kann ein Gesamtensemble eines historischen Viertels wie Striesen/Blasewitz ruinieren. Wir wünschen uns, dass die Stadtverwaltung beim derzeitigen Dresdner Bauboom viel genauer hinschaut, um eine ganzheitliche, nachhaltige Baukultur durchzusetzen.“

Im Januar 2017 beschloss der Dresdner Stadtrat, die Einrichtung eines Schulversuches zum Schuljahr 2018/2019 zu unterstützen. Es soll eine kommunale Bildungseinrichtung, initiiert und unterstützt von BildungswissenschaftlernInnen der TU Dresden, werden. Leider hat die Verwaltung keinerlei Schritte im Sinne dieses Beschlusses unternommen. Deshalb hatten die Fraktionen von LINKEN, GRÜNEN und SPD mit einem eigenen Antrag das Heft des Handelns in die Hand genommen, um im heutigen Stadtrat die Gründung der Universitätsschule zu debattieren. Der OB nahm das Thema aber überraschend von

STUNDENPLAN			
Zeit	Montag	Dienstag	Mittwoch
7:50-8:35	Mathe	Englisch	Deutsch
8:40-9:25	Deutsch	3.0	Mathe

Schule der Zukunft

der Tagesordnung. Um dennoch rechtzeitig einen Beschluss zur Gründung herbeizuführen, haben LINKE, GRÜNE und SPD einen Eilantrag eingereicht, der nach der Sommerpause unter anderem im nächsten Stadtrat am 17. August behandelt werden soll. **Anja Apel**: "Dresden will eine Zukunftsstadt sein, sie wirbt um Projekte. Menschen werden aufgefordert, Ideen und Visionen für die Zukunft Dresdens zu entwickeln und zu erproben. Hier haben wir ein Vision, von Wissenschaftlern/-innen der TU entwickelt, die bereits vor einem Jahr vorgestellt wurde und da lautet die Antwort der Verwaltung, das dauert 5-6 Jahre. Das können wir nicht hinnehmen." ■

Nach einer emotionalen Debatte wurde die federführend durch Rot-Grün-Rot überarbeitete Straßenmusiksatzung angenommen. Wenn man manchen StadträtlInnen von der rechten Seite des Saales so zuhört, könnte man meinen, Musik und Kunst in den Straßen Dresdens wären der Untergang des Abendlandes. Haben dieselben Personen sich nicht kürzlich noch für die Kulturhauptstadtbewerbung ausgesprochen? Die Satzung ist ein sorgfältig ausgearbeiteter Kompromiss, der die Interessen der AnliegerInnen und der StraßenmusikerInnen und -künstlerInnen



Straßenmusik

berücksichtigt sowie die bürokratischen Hürden möglichst gering anlegt. Auch das Ordnungsamt war beteiligt, da es bisher leider nicht gewillt war, die bereits bestehenden Regelungen durchzusetzen. Wir hoffen, diesen Zustand dadurch zu ändern. Das ist auch und vor allem wichtig für die StraßenmusikerInnen, die sich bisher und zukünftig an die Regeln halten. ■

Immer weniger Pflegekräfte müssen immer mehr Patienten versorgen. Darunter leiden nicht nur die Kranken, auch das Pflegepersonal ist mit der Situation unzufrieden.

Was ist zu tun?

von Dr. Kris Kaufmann

Menschen in Dresden werden älter. Ein Großteil bleibt immer länger fit und aktiv. Damit Menschen sich so lang wie möglich am gesellschaftlichen Leben beteiligen und frühzeitig dafür sensibilisiert werden, ihre eigene Gesundheit bereits in jüngeren Jahren im Blick zu haben, setzt sich das WHO-Projekt „Gesunde Städte“ in Dresden ein – Egal ob durch Stadtteilstadtpaziergänge, durch umfassende Aufklärungsarbeit oder kostenlose „Fit im Park“ Angebote ab August 2017. Dennoch nehmen zumeist Hilfe- und damit Pflegebedürftigkeit im hohen Alter, dem so genannten vierten Lebensalter, stark zu.

Im November 2016 wurden die Zahlen des Sachsen-Monitors vorgestellt. Demnach blicken nahezu drei Viertel der sächsischen Bevölkerung optimistisch in die Zukunft, starke Unterschiede in Abhängigkeit des Bildungsniveaus werden gleichwohl deutlich. In der repräsentativen Befragung konnten Teilnehmende auch den Grad ihrer Zufriedenheit mit ihren Lebensumständen bewerten. So entstand eine Art „Zufriedenheitsranking“, dessen Schlusslichter Aspekte wie soziale Absicherung, finanzielle Situation oder Höhe der Lebenshaltungskosten spielten. Dies ist wenig verwunderlich, wird doch seit Jahren der Sozialstaat kontinuierlich geschwächt. Übersetzt wird das mit „Stärkung der privaten Vorsorge“. Dies ist zynisch, denn private Altersvorsorge können sich viele trotz guter Arbeitsmarktlage aufgrund von geringen Löhnen, befristeten Verträgen, Teilzeitarbeit und schlechthin prekärer Beschäftigung gar nicht leisten. Gesetzliche Rentenversicherung oder Krankenversicherung, soziale Pflegeversicherung oder die Pflegeversicherung sind heute nur noch eine Art Teilkaskoversicherung, es bedarf der privaten Ergänzung.

PSG II: Wunsch und Wirklichkeit

Pflegebedürftigen Menschen eine gute und bedarfsgerechte Pflege – egal ob von eigenen Angehörigen oder professionellen Helfern – zu gewährleisten, ist und wird im steigenden Maße eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben auch in Dresden. Schon heute sind 27 % der DresdnerInnen und damit ca. 150.000 Personen über 60 Jahre alt. Bereits heute sind mehr als 15.000 DresdnerInnen pflegebedürftig, 85 % von ihnen sind älter als 65 Jahre. 40 % der Pflegebedürftigen werden von ihren zumeist weiblichen Angehörigen betreut, 35 % in stationären Einrichtungen und 25 % von ambulanten Pflegediensten. Der Anteil demenziell Erkrankter wächst kontinuierlich.

Durch das 2017 eingeführte 2. Pflege- und Altersstärkungsgesetz (PSG II) sollen grundlegende Veränderungen und Verbesserungen im Pflegesystem für Pflegebedürftige, Angehörige sowie Pflegekräfte gelten. Eckpfeiler ist die Ablösung der mehr als 20 Jahre alten Pflegestufen durch einen neuen Pflegebedürftigkeits-



Demenzkranke Frau

begriff, der sich stärker an den Bedürfnissen jedes Einzelnen, an seiner individuellen Lebenssituation, Beeinträchtigungen und Fähigkeiten orientiert. Ein weiterer wesentlicher Baustein ist in diesem Zusammenhang die Berücksichtigung von Demenzpatienten. Gleichzeitig gilt ab 2017 in jeder vollstationären Pflegeeinrichtung ein einrichtungseinheitlicher pflegebedingter Eigenanteil, der durch fiskalische Lenkung unweigerlich dazu führen wird, dass Menschen so lange wie irgendmöglich in der eigenen Häuslichkeit verbleiben, da ein Aufenthalt im Pflegeheim kaum durch eigene Mittel finanzierbar ist.

Mangel an Pflege(fach)kräften

Pflegerisches Fachpersonal ist bereits heute rar – der Beruf des Altenpflegers auch wegen der körperlichen und psychischen Belastung wenig attraktiv. Die niedrige Entlohnung ein Hohn. Die Reform der Pflegeberufe soll zukünftig ab 2018 bis jetzt getrennte Berufsbilder – in der Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege – in einer generalisierten Ausbildung zusammenführen. Experten des Pflege- und Ausbildungsbereiches wie auch ich sind sich sicher, dass diese Reform den Fachkräftemangel in der Altenpflege weiter verschärfen wird.

Während bereits heute Pflegekräfte händeringend gesucht werden, steigt die Zahl der Pflegebedürftigen unbeeinträchtigt. Ein idealer Markt für privates Engagement. So investieren auch in Dresden private Investoren aktuell in teils sehr große, vollstationäre Pflegeheime ohne sich dem organisatorischen und finanziellen Aufwand einer Ausbildung zu stellen. Personal wird meist aus bestehenden Einrichtungen und Pflegediensten lokal abgeworben. Schon heute wird der Großteil der Pflegefachkräfte, die in Dresden am BSZ für Gesundheit und Sozialwesen lernt, von der kommunalen Cultus gGmbH betreut. Sozialplanerisch ist diese Entwicklung höchst problematisch. Der Kommune selbst räumt der Gesetzgeber jedoch keine Steuerungsmöglichkeiten ein.

Gute Pflege 2030

Gerade deshalb lautet mein Handlungsansatz für Dresden „Gute Pflege 2030“ für Pflegende und Gepflegte. Umfassende Beratung, Prävention, Transparenz der Angebote und lokale Hilfe zur Selbsthilfe sind Bausteine, welche auch mit Hilfe des bestehenden Dresdner Pflegenetzwerkes und seine Akteure sowie die kommunale Pflegekoordinatorin im Sinne einer bedarfsgerechten und so-

zialräumlich differenzierten Infrastrukturentwicklung und einer vernetzten und vernetzenden Pflegeberatung gestärkt werden müssen. Strategien und Ansätze der lokalen Steuerung im Rahmen eines Modellkommunenansatzes, in dem Beratung Pflegebedürftiger und ihrer Angehörigen auch durch kommunale Beratungsstellen für die Dauer von fünf Jahren gefördert werden, sollen ausprobiert werden. Bei letzterem zeigt das Land Sachsen – das die Beantragung beim Bund zwingend unterstützen muss – bislang kein Interesse.

Aber: Gute Pflege benötigt eine Lobby. Deswegen habe ich ein großes Interesse daran, alternative Wohn- und Betreuungsformen wie Pflege-WGs, intergenerationale Wohnprojekte und den Ausbau und die Förderung ehrenamtlicher Strukturen in Wohnquartieren und Sozialräumen zu befördern und die aktuell gesetzlich geregelte, ausschließlich durch die Pflegekassen zu gewährende Pflegeberatung durch kommunale Pflegeberatungsangebote zu ergänzen. Heutige Beratungsangebote der Kassen sind Betroffenen häufig gar nicht bekannt, das frühzeitige Aufklären von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen über stationäre, teilstationäre und ambulante Leistungsarten, zu denen Entlastungsleistungen für Angehörige genauso wie wohnumfeldverbessernde Maßnahmen für Umbaumaßnahmen in der eigenen Wohnung gehören, sind jedoch elementar wichtig und werden es mit jedem Tag mehr.

Abschließend liegt es im Verantwortungsbereich unserer Gesellschaft, der Politik und jedes einzelnen gleichermaßen, Altenpflege als einen der wichtigsten und verantwortungsvollsten Berufe unserer Zeit endlich wahrzunehmen und zu honorieren.

Dr. Kris Kaufmann ist Sozialbürgermeisterin der Stadt Dresden

Pflegestammtisch Dresden

Der erste sogenannte Dresdner Pflege- stammtisch (DPS) fand im Oktober 2008 statt. Grundlage dafür ist ein Beschluss des Stadtrates. Demnach soll einmal im Quartal die Öffentlichkeit rund um das Thema Pflege informiert werden.

Nächste Termine:

23. August 2017

Pflege von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen

25. Oktober 2017

Vollstationäre Pflege = Vollversorgung?

15.30 bis 17.30 Uhr

Mauersberger Saal

Haus an der Kreuzkirche 6

PflegeNetz Dresden

Das PflegeNetz Dresden soll den Einwohnerinnen und Einwohnern Dresdens helfen, schnell und unkompliziert die richtigen Ansprechpartner und Hilfsangebote zu finden.

Themenschwerpunkte:

Ambulante Versorgung

Überleitungsmanagement

Kurzzeitpflege

Kontakt:

Sozialamt / Sozialplanung

Junghansstraße 2

Telefon: 0351-4884870

E-Mail: sozialamt@dresden.de

Internetplattform PflegeNetz Sachsen

Das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz hat gemeinsam mit den Pflegekassen und den sächsischen Kommunen, Gemeinden und Landkreisen, eine Internetseite rund um das Thema Pflege ins Leben gerufen.

Sie erhalten dort einen ersten Überblick über die gesetzlichen Möglichkeiten der Pflege in Sachsen, finden Ansprechpersonen für Ihre Fragen und haben die Möglichkeit gezielt nach Angeboten und Einrichtungen in Ihrer Nähe zu suchen.

www.pflegenetz.sachsen.de

Zirkusse mit Wildtieren in der Kritik

Immer mehr Städte weigern sich, Zirkussen mit Wildtieren kommunale Plätze zur Verfügung zu stellen. Ist Zirkus nicht mehr zeitgemäß?

von Manuela Sägner

„Hereinspaziert, hereinspaziert! Stauen Sie und lassen Sie sich von den Darbietungen unserer Tiere faszinieren!“ So ähnlich werden Zirkusgäste beim Betreten einer Zirkusvorstellung begrüßt. Doch die Darbietungen wie den sogenannten Rüsselstand von Elefanten, Tigern, die durch brennende Reifen springen, Affen, die im glitzernden Kostüm Fahrrad fahren und anderes, stehen aus Tierschutzgründen zunehmend in der Kritik.

Keine artgerechte Haltung möglich

Tierschützerinnen und Tierschützer kritisieren seit langem, dass eine artgerechte Haltung von Wildtieren im Zirkus nicht möglich ist, denn diese Tiere haben einen hohen Anspruch hinsichtlich Platzbedarf, Klima, Gruppenzusammensetzung, Ernährung und Pflege. Es gibt keine Möglichkeit, sie in einem fahrenden Unternehmen artgerecht zu halten. Sie müssen ihr Leben oft in viel zu kleinen Käfigen oder Gehegen verbringen, haben zu wenig Bewegung, keine artgemäße Beschäftigung und keinen natürlichen Kontakt mit Artgenossen. Zudem leiden sie unter dem fremden Klima und unter dem Stress der permanenten Transporte.

Zwar gibt es die „Leitlinien für die Haltung, Ausbildung und Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben oder ähnlichen Einrichtungen“, jedoch enthalten diese nur minimale Anforderungen, die zudem rechtlich nicht bindend sind.

Befürworter von Wildtieren im Zirkus dementieren dies jedoch. Sie argumentieren, Zirkusse seien die am stärksten kontrollierten Unternehmen mit Tierhaltungen. Die Dompteure würden ihre

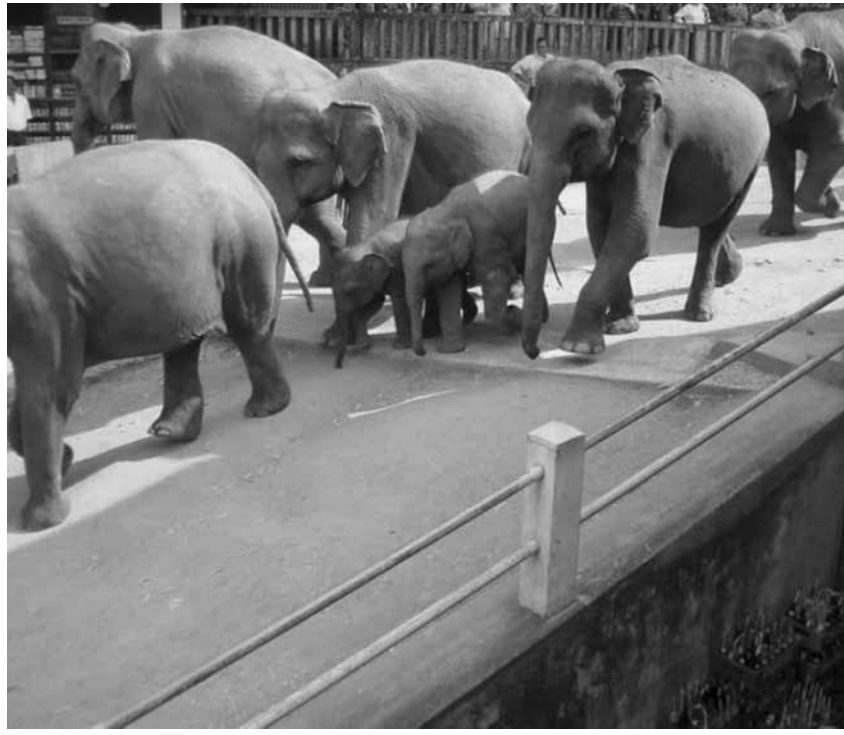


Foto: Bärbel Jobst / pixelio.de

Tiere lieben. Zudem wären die Tiere das Kapital der Zirkusse, mit dem man sorgsam umgehen würde. Neben den nichtartgerechten Lebens- und Transportbedingungen, stehen auch die Dressurmethode in der Kritik: Filmaufnahmen dokumentieren den Einsatz von Elefantenhaken, Peitschen, Knüppel oder Elektroschocker bei der Dressur. Die Zirkusleitlinien sehen unter anderem auch vor, dass die Tiergehege ausbruchssicher sein müssen. Dennoch – es kommt immer wieder zu Ausbrüchen, wie kürzlich durch zwei Kamele in Pulsnitz. Solche Vorfälle

bedeuten auch eine nicht zu unterschätzende Gefahr für Mensch und Tier.

Bundesrat für Wildtierverschmor im Zirkus

Darauf hat mittlerweile auch die Politik reagiert: Der Bundesrat hat in den Jahren 2003, 2011 und 2016 jeweils einen Antrag zum Verbot der Haltung bestimmter wild lebender Tierarten wie Affen, Elefanten, Großbären, Giraffen, Nashörner und Flusspferden im Zirkus eingebracht. Auch die Bundesregierung führt in der Begründung

zur Änderung des Tierschutzgesetzes (Drucksache 17/10572) im Jahr 2012 aus: „Es zeichnet sich jedoch bereits ab, dass für einige der genannten Tierarten ein Verbot oder eine Beschränkung des Zurschaustellens an wechselnden Orten aus Gründen des Tierschutzes erforderlich sein könnte. Fortgesetzte Verstöße gegen die Haltungsvorschriften für manche Tierarten sowie die Häufigkeit von Verhaltensauffälligkeiten und gesundheitlichen Beeinträchtigungen der betreffenden Tiere in vielen Zirkusbetrieben weisen darauf hin, dass die Bestimmungen für deren tierschutzgerechte Haltung unter den Bedingungen des Zurschaustellens an wechselnden Orten nicht realisierbar sind.“.

Bundesregierung bleibt untätig

Trotz der Entschließung des Bundesrates hat die Bundesregierung bisher immer noch keine Regelungen getroffen. Deshalb hat DIE LINKE im Bundestag die Bundesregierung mit dem Antrag „Verbot der Haltung wild lebender Tierarten in Zirkussen“ (Drucksache 18/12088) vom 27.04.2017 zum Handeln aufgefordert.

Solange aber noch keine bundeseinheitliche Regelung existiert, müssen die Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbst tätig werden. Bereits über 70 Städte und Gemeinden haben entsprechende Beschlüsse gefasst, Zirkussen, die Wildtiere mit sich führen, keine kommunalen Plätze mehr zur Verfügung zu stellen. In Dresden wird nun ebenfalls darüber diskutiert, denn DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben zu diesem Thema einen Antrag eingebracht.

Konferenz der Konkurrenten

In vielen deutschen Städten haben Diskussionsprozesse und Debatten begonnen: 2025 hat eine deutsche Stadt die Chance, Kulturhauptstadt Europas zu sein!

Wie viele deutsche Städte hat sich auch Dresden auf den Weg gemacht und wird eine Bewerbung entwickeln. Jede Stadt, die sich zu diesem Schritt entschließt, will schon den Bewerbungsprozess mit Gewinn für die Stadtgesellschaft durchführen.

Dresden lädt ein zur Konferenz der Konkurrenten! Die Bürgermeisterin für Kultur

und Tourismus, Annetrin Klepsch, hat ihre Kolleginnen und Kollegen im Kulturausschuss des Deutschen Städtetages zum Erfahrungsaustausch eingeladen. Die Konferenz ist offen für alle Städte, die eine Bewerbung planen oder erwägen.

Wir glauben an die belebende Kraft der Konkurrenz und an den offenen Schlagabtausch. Wir glauben, dass das Wissen und die Fähigkeiten aller Beteiligten durch Teilen wachsen. Und wir glauben, dass wir nichts zu verlieren haben!



Vom 21. bis 23. September 2017 in Dresden

Die Eröffnung der „Konferenz der Konkurrenten“ findet am 21. September um 19:30 Uhr im Kulturpalast statt.

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. Thomas Feske
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe:
Thomas Feske, Manuela Sägner,
André Schollbach
Fotos: pixelio.de, Max Kretzschmar
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei